

Saale-Zeitung.

Bezugspreis

Ar Halle wöchentlich 2,50 M., bei
regelmäßiger Bezahlung 2,75 M. durch
den Post 3,25 M. and. Bezugslosg-
gehe. Belegungen werden von allen
Reichspostämtern angenommen.
An amtlichen Zeitungs-Verzeichnissen
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.

Für die Redaktion verantwortlich:
Hag & Scharre in Halle.
Erscheinensort von 10^h bis 12^h Uge.
[Verleger: Redaktion Nr. 2533. — Expedition Nr. 176.]

Anzeigen

wedens die Spaltenzahl oder deren
Raum mit 30 Pf., solche aus Halle mit
20 Pf. bezogen und in der Expedition,
von untern Annoncenstellen und in
Simonsen-Expositionen angenommen.
Kleinanzeigen 75 Pf.
Erhalten wöchentlich postfrei,
Sonntags und Montags einmal,
sonst zweimal täglich.

[Der Abdruck unserer Original-Artikel
ist nicht gestattet.]

Nr. 50.

Halle a. d. Saale, Sonnabend, den 30. Januar

1904.

Deutsches Reich.

Sozial- und Personalverhältnisse.

Das „Eisener Tagblatt“ berichtet folgende Erzählung
des Vorgesetzten, des Kaisers, die dieser in seine Rede
an den Reichstag einbrachte: In Sachsen war es, wo
sich die ersten Anzeichen der Krankheit bemerkbar machten.
Ganz heimlich — noch nicht einmal die Kaiserin durfte etwas
davon wissen — unternahm sich der Kaiser eine eingehende
Untersuchung durch seinen Leibarzt. Dieser verordnete die
Unterstützung eines Spezialisten. Derselbe Tag, der
die Untersuchung brachte, sollte, ob der Kaiser einer bestimmten
Krankheit sich bei unserem Kaiser bemerkbar machte, sah ihn
noch in Erfüllung der Heroldenpflichten an der Spitze des
4. Armeekorps auf dem Manöverfeld bei Weiskirchen.
Am Abend erfolgte in Weiskirchen die Untersuchung. Der
Spezialist erklärte die sofortige Vornahme der
Operation für unbedingt erforderlich; es sei keine
Zeit zu verlieren, denn jeder Tag bringe ernste Risiken.
In diese Zeit fiel damals die Zusammenkunft unseres Kaisers
mit dem Kaiser von Rußland, die für die Erhaltung des
Weltfriedens von ganz besonderer Wichtigkeit war. Erst
dann konnte die Operation, die glücklicherweise alle bange
Zweifel belegte, vor sich gehen.

Der baldige Franzosenminister Dr. Wachenberger
müßte sich gegen eine zweite Operation unterziehen. Sie ist
jetzt verlaufen. Das Allgemeinbefinden ist befriedigend.

Norwegen und Deutschland.

Das talfränkische Eingehen des Deutschen Kaisers zu Gunsten
der Abgeordneten von Norwegen und das letzte Echo, das das
kaiserliche Vorgehen in Norwegen gefunden hat, haben wieder
einmal in bemerkbarer Weise die Aufmerksamkeit auf dieses Land
und seine auswärtigen Beziehungen, insbesondere auch zu Deutsch-
land, gelenkt.

Es sind drei Mächte, für die man in Norwegen ein starkes
Interesse besitzt: Rußland, England und Deutschland. Eine
Bekanntmachung in Norwegen eine sehr eigenartige Begrüßung
für die hier in eigenartiger Weise, weil das abstrakt-
regulatorische Eingehen und die sehr demokratische Denkart
der Norweger recht stark zusammenhängen. Die Begrüßung
für das Bärenrecht, auch sehr schnell abgelehnt, besonders, als
man zu zunächst begann, Rußland konnte sich eines solchen Zuges
eines eitelsten Hofes an der norwegischen Hofpolitik be-
dauern. Auch das Verhalten der russischen Regierung gegen die
Finnen hat in Norwegen starke Beachtung erregt, weil man
hier, wie in den beiden anderen skandinavischen Ländern
hier, die kaiserliche Frage gewissermaßen als eine Familienange-
legenheit betrachtet.

Oben die Sympathien zu Rußland somit eine starke Ab-
schwächung erfahren, so ist die Hinneigung zu England noch
immer groß. Selbst während des Burenkrieges blieben die
norwegischen Sympathien für England fortbestehen, und Nor-
wegen war vielleicht das einzige Land in Europa, in dem man
Englands Vorgehen mit großer Wärme beurteilte. Diese Sympathien
für England erklären sich einerseits aus den alten und
lebhaften Handelsbeziehungen zwischen beiden Staaten, zweitens
aber aus dem starken englischen Einflußstrom, der seit Jahr-
zehnten Norwegen alljährlich durchflutet und eine stattliche Menge
Geldes im Lande zurückläßt.

Deutschland gegenüber war man in Norwegen, trotzdem
sehr viele norwegische Familien, vor allem in den Hofkreisen,
von deutscher (kontinentaler) Abstammung sind, und trotz der
allgemeinen germanischen Stammesverwandtschaft, lange von
Misstrauen erfüllt. Man begreift, ebenso wie einst in Holland,
eine tödliche Furcht vor deutschen Annexions-
absichten. Diese Furcht wurde durch die ersten Wünsche des
Deutschen Kaisers in den norwegischen Bewusstseinskreisen
gewissermaßen im Gegenteil, das der Kaiser seine
Rechtsbehauptung gewissermaßen die Stellen ausfüllen wollen, an
denen der deutsche Adler bereits seine Fänge einsetzen würde.
Dem persönlichen Wesen des Kaisers und seiner reich be-
schriebenen Sympathie für Norwegen und die Bevölkerung des
Landes gelang es noch und nach, das Misstrauen zu über-
winden und an die Stelle der ursprünglichen Ablehnung trat
eine Hinneigung zu Deutschland. Dazu kam, daß das Beispiel
des Kaisers auf die deutsche Touristenwelt einen starken Einfluß
ausübte, so daß in den letzten zehn Jahren sicherlich mehr
Deutsche Norwegen besucht haben, als in den dreifachen Zeit-
raum vorher. Dazu kam ferner ein sich immer steigender
Respekt vor den wirtschaftlichen Leistungen Deutschlands, ins-
besondere auf dem Gebiete des Schiffbaus, für den ja die
Norweger von Natur Interesse und Verständnis besitzen.

So fiel also die praktische und tatsächliche Hilfe des Kaisers
für Rußland auf einen wohlwolleren Boden. Die warmen
Worte des Kaisers den norwegischen Kammer und
der Reichstag norwegischer Abgeordneter, am Geburtstag des Kaisers
zu sagen, wolle sehr viel bedeuten, denn einmal gegen die
Norweger sehr schwer aus sich heraus und zweitens ist es bei
ihren demokratischen Gesinnung ein Zeichen ganz besonderer
Sympathie, wenn sie für Interesse an dem Geburtstag eines
Monarchen hinsichtlich befinden. Man hat auch berechtigten
Grund zu der Annahme, daß diese Sympathien für Deutsch-
land dauernd fest werden, denn die Norweger besitzen nicht
für schnell angefaßten, aber ebenso schnell wieder verfliegenden
Empfindensschwächen fühlbarer Nationen, sondern ebenso wie sich ihre
Misstrauen gegen Deutschland nur schwer überwinden ließ,
werden ihre Sympathien für Deutschland fest bleiben.

Die Freundschaft Deutschlands aber über Sympathie zu Sympathien
entwähnt sich keineswegs ephemerischen Worten, sondern der auf
deutscher Seite vorhandene Einfluß für ein kleines und
armes, aber tatsächliches und tüchtiges Volk.

Meinungsverschiedenheiten in der Sozialdemokratie.

In der Sozialdemokratie güt und brodel es wieder einmal.
Schon seit einigen Wochen verläutet, daß es in den Sitzungen
der Reichstagsfraktion wiederholt zu heftigen Auseinander-
setzungen gekommen sei. Jetzt bestätigt Bebel diese blä-
terant gebliebenen Meinungsverschiedenheiten in einer interessanten
Erklärung im „Vorwärts“ über die Stellung der Partei zu
den Forderungen für Südwestafrika. In dieser
Erklärung wird nicht nur offen angegeben, daß innerhalb der
anwesenden Reichstagsfraktion Meinungsverschiedenheiten über
die Haltung zu dieser Forderung bestanden, sondern Bebel
plaudert sogar sehr unvorsichtig aus, daß sich drei
Meinungen gegenüber ständen. Das ist ein offenes
Zugehändnis, daß neben den Forderungen auf Ablehnung bzw.
Entsagung der Zustimmung auch ein Antrag vorgelegt hat,
die Forderungen zu bewilligen. Der schließlich mit
Zweidrittelmehrheit angenommene Antrag, sich für die Forderungen
zu enthalten, ist also in noch weit höherem Grade, als man es zuerst
annehmen durfte, ein Kompromißvorschlag gewesen, ein Belegen-
heitsausweis, um nicht die Gesichtslosigkeit der Partei bei der
Abstimmung in Frage zu stellen.

Anabhängig hiervon ist allerdings der neueste Seltens-
sprung Schuppels zu beurteilen. Schuppel stellt mit seinen
schöngeistlichen Reden innerhalb der Reichstagsfraktion
allein, früher sekundäre ihm noch gelegentlich Calwer, der
aber bei den letzten Reichstagswahlen unterlag. Calwer
steht übrigens, ebenso wie Schuppel, im Verdacht, daß er im
geheimen die neue Gründung der Sozialdemokratie, die Mittel-
europäische Arbeiterbewegung, zu untergraben sucht. In-
zwischen ist kaum anzunehmen, daß das schöngeistliche Ge-
winn innerhalb der Sozialdemokratie weiter freies Feld hat.
Schuppel ist vornehmlich schon durch seinen Fraktionsgenossen
Wurm in aller Form „gerammt“ worden und wird sich wohl
auch noch vor dem obersten Parteitribunal zu verantworten
haben.

Die Konventionen und die Landarbeit.

Eine gut auswendig gelernte Jungfernerede hielt gestern im
Reichstage der neuwägenliche Konvention der Abg. Dr. Gröschel,
in der er sich als echter und gerechter Volkstribun probierte
und sich besonders durch unangenehm für Beobachtungen
auszeichnete. Er erklärte z. B. mit Pathos, daß der landwirt-
schaftliche Arbeiter den Einführungen der Parteien der Unten-
kren nur konventionell zuneigen sollte, Herr Dr. Gröschel er-
hielt im Reichstage 101 bis 102 Stimmen in der Hauptwahl
gegen 24 Stimmen mehr als der bisherige nationalliberale Ver-
treter Wüsting und verdrängte infolgedessen den bisherigen
nationalliberalen Abgeordneten aus der Sitzebank mit dem
Sozialdemokraten; es zu recht, wird in den nächsten Tagen
wohl die Wahlprüfungskommission entscheiden, denn es liegt ein
sehr sorgfältig vorbereiteter Protest gegen die Gültigkeit der Wahl
vor. Uebrigens sind in dem doch nur sehr wenig Handel und
Industrie aufweisenden Westfalen-Schwern in den letzten
Wahlen nur 22,7 Proz. aller abgegebenen Stimmen auf die
Kandidaten beider konventionellen Richtungen, 5,5 Proz. auf anti-
agrarische Nationalliberale, 14,1 Proz. auf Kandidaten der frei-
willigen Vereinigung, 6,1 Proz. auf solche der freiwirtschaftlichen
Partei und 41,8 Proz. auf Sozialdemokraten entfallen. Demnach
müssen doch wohl in Westfalen-Schwern bereits recht viele
landwirtschaftliche Arbeiter sozialdemokratisch gesinnt haben,
den die Stimmen der Sozialdemokraten flammten nicht nur aus
den Städten, sondern auch großen Teil aus den Dörfern.

Im benachbarten Westfalen-Schwern liegt die
Sache nicht viel anders. Dort haben die Konventionen
40,1 Proz., die freiwirtschaftliche Vereinigung 25 Proz. und die
Sozialdemokraten 34 Proz. der abgegebenen Stimmen erhalten.
Schon in der benachbarten Grafschaft Schalk, dem
Regierungsbezirk Stralund, haben die Konventionen
beider Schattierungen es auch noch nicht auf die Hälfte der ab-
gegebenen Stimmen gebracht; es entfielen dort 20 Proz. der
abgegebenen Stimmen auf Anhänger der freiwirtschaftlichen
Vereinigung, 19 Proz. auf solche der freiwirtschaftlichen
Partei und 17,4 Proz. auf Sozialdemokraten, während die beiden
Konventionen 48,3 Proz. der gesamten Stimmen erhielten.
Rechtlich ist das Stimmverhältnis im Regierungsbezirk
Stettin, und nur der Regierungsbezirk Köslin
weist eine Mehrheit der Konventionen und Antikonten auf;
mit welchen Mitteln dieselbe erzielt ist, das haben in die be-
nannten Vorgänge in Kolberg-Niebeln deutlich genug gezeigt.
Herr Dröschel hätte also alle Veranlassung gehabt, etwas be-
scheidenere aufzutreten, zumal im ganzen Reiche für die Kon-
ventionen einschließlich der Reichspartei erheblich weniger
Stimmen abgegeben worden sind als für die Nationalliberalen
und die Zahl der freiwirtschaftlichen Stimmen die der deut-
sch-konventionellen nahegeht.

Der Militärarat in der Budgetkommission.

Die Budgetkommission des Reichstages beriet gestern die fort-
währenden Ausgaben des Militärarates. Was schon im
Brennen von den einzelnen Parteien vorgebracht war, steht in
der Kommissionshandlung wieder: das Jenseitige
trotz der Notwendigkeit absoluter Sparmaßnahmen bei
diesem Etat und brachte einen Antrag auf Streichung von 7
der neu geforderten 8 Militärgeschäftsbereichsstellen ein,
ein, der, trotzdem Kriegsmilitär v. Einem und Wied.
Freiburg Wolff, sowie der Abg. Graf v. Dörla (natl.) sich
für die Bewilligung der in Summe geforderten 27 Militärg-
geschäftsbereichsstellen bei Budgetkommissionen usw. sich ver-
wendet hatten, Annahme fand. Dann war wieder von den
Sozialdemokraten in Verhandlungen die Rede. Eine Diskussion
wurde ein zweiter Antrag des Zentrum nach der Begründung
durch den Abg. Götter angenommen, der zur Verbündung
namentlich der parlamentarischen Sozialdemokratischen in gewissen
Fällen die unangenehmliche Strafverfolgung der Disziplin-
verantwortlichen Vorgesetzten der an den Abhängigkeiten

schuldigen Untergebenen verlangt. Auch vom Zentrum in der
Armeeverordnung. Kriegsmilitär von Einem be-
tronte einen Antrag in der Weise, wie die Öffentlichkeit glaube,
rebe es nicht. Genüß hätte es nicht an Antrag bei gewissen
Mitgliedern und gewissen Reichstagen; das würde auch im
Volksther der Fall sein. Er geht an, daß im Laufe von 15 bis
16 Jahren etwa 33 bis 34 Veränderungen der Uniform vor-
genommen seien, dabei sei aber das Verbrechen mangelnd ge-
wesen, Einheitslichkeit zu schaffen. Das Gnu sei die
belle Farbe und unentbehrlich im Felde, besonders im Winter;
im Sommer komme man mit dem Blau aus. Ein neuer
Paletot sei nicht eingeführt worden. Sein, das Minister
Streben sei, vor allem auf Willigkeit zu achten, und der
Kaiser billige diese Stellung. Zum Schluß tritt der Minister
schonmals um Bewilligung der für die Oberleitungs-
stellen. Die Arbeit an der Reichstagskommission werde be-
tragen. Die Abgaben auf den Schulden des Paletots seien die
billigsten. Die Abstände auf den Wänteln seien zum Zweck
des besseren Einlebens der Charge sehr notwendig; alle
Armen hätten sie mit Ausnahme des überleitungs-
offiziers. In einer zweiten Rede meinte Kriegsmilitär von Einem,
daß das Unterlegen des schwarzen Paletots vier Jahre gedient
habe. Am Geburtstage des Kaisers sei kein Militär-
schifflich des Monats, mit einer gale am Wäntel erschienen.
— Ferner wurde noch über die Erhöhung der Oberleitungs-
stellen und noch manches andere gesprochen. Im ganzen ver-
läutet die Diskussion sehr ruhig. Beschlüsse über Annahme der
Ablehnung einzelner Titel wurden nicht gefaßt. Die nächste
Sitzung ist für Mittwoch, den 3. Febr., festgesetzt.

Politisches.

Die von der sächsischen Regierung in der Denkschrift vor-
geschlagene Wahlrechtsreform hat, wie die „Sächs. Reichs-
Nachr.“ aus zuverlässiger Quelle hören, bei der Kon-
vention der Fraktion des Landtages keinen Erfolg gefunden.
Die abschließende Fassung der Konvention wird bei der Vor-
beratung offiziell zum Ausdruck gebracht werden. Die national-
liberale Fraktion ist zu einem einheitlichen Beschlusse gelangt
und wird in der Angelegenheit geschlossen vorgehen.

Wahlwirtschaftliches.

Der Vorstand des sächsischen Sparvereinsverbandes
beschloß, nach der Zeit. Ztg., einmütig, sich dem Antrag des
sächsischen Sparvereinsverbandes auf abstufende Einberufen
einer Generalversammlung des sächsischen Sparvereins
mit der Tagesordnung: Das sächsische Sparwesen
anzuschließen. Der Vorstand des sächsischen Verbandes er-
hielt in der Einführung der sächsischen Sparvereine eine Unter-
gebung des Antrages und des Beschlusses der Sparvereine.

Breslauer und Halle.

Im Monat Dezember war verschiedentlich, so auch in
der „Saale-Zeitung“, einer geheimen Kabinettsorder
des Kaisers Erwähnung getan, die sich gegen die
Richter im Wilsch-Prozess gewendet haben sollte, weil
diese den Prozeß bis ins kleinste Detail vor der Öffentlich-
keit verhandelt hätten. Das Vorhandensein einer solchen
Kabinettsorder wurde indeed gleich darauf bestritten und be-
zweifelt, zumal es auch mit den Erklärungen des Kriegsministers
v. Einem im Reichstage in freiem Widerspruch gestanden
hätte. Wir erfahren jedoch jetzt aus zuverlässiger Quelle,
daß tatsächlich die erwähnte kaiserliche Kabi-
nettsorder ergangen und als geheim und ver-
traulich den einzelnen Offizierkorps vorgelesen
worden ist.

Das deutsche Schulkloß „Molte“ ist von Genau
nach Berlin in See gegangen.

Verwaltung und Wirtschaft.

Die Gewerbe-Zuschußschlichtungen haben einer ergänzenden
Kabinettsorder zufolge fortan den Titel „Gewerbever-
bände“, die Gewerbeinspektionskassen den Titel „Gewerbe-
affessoren“ zu führen.

Wie dem Reichstages-Verkehrsverband aus Köln gemeldet wird,
sind die von dem dortigen Regierungsvorsitzenden mit dem Reich-
traumensinspektoren der Kaiserliche Reichstages-Verkehrs-
Verbandungen durch den Handelsminister Müller ge-
billigt.

Parlamentarisches.

Die Kommission für Beratung des Gesetzesentwurfes über
die Kaufmannsgerichte und des Antrags Vatmann u. Gen.
trat gestern in die fünfte Beratung ein. Auch die Anhänger
der Vorlage, in erster Linie der Staatssekretär Graf v. Bos-
dovsky, vertheidigten sich nicht die schweren Bedenken gegen
eine fortschreitende Restrukturierung der Reichsjustiz.
Sie betonten aber die Notwendigkeit, den vorhandenen Ver-
ständnis auf dem von der Vorlage betroffenen Wege abzugeben,
weil sonst eine erhebliche Verzögerung eintreten würde, wenn
man den auf sich vorzubehaltenden Weg einer Reform des Amts-
gerichtsverfahrens betreiben wollte. Von Seiten der freiwirtschaft-
lichen Kommissionmitglieder Dr. Müller (Meinungen) und Dove,
sowie des nationalliberalen Dr. Grottel wurden die Vorge-
hensweise einer Angliederung der Kaufmannsgerichte an die bestehenden
Amtsgerichte mit Entschiedenheit verworfen. Ein von
Dr. Semler gestellter Antrag, die verbundenen Regierungen um
eine Vorlage zu eruchen, durch welche bei den Amtsgerichten
sachkundige Schiedsgerichte eingerichtet werden, welche eine
Weldemündung und Bewilligung des Verfahrens über Streitig-
keiten aus dem Zivil- oder Verwaltungsrecht zwischen Kaufleuten
einerseits und ihren Handlungsgehilfen oder Handlungsstellen
andererseits ermöglichen, wurde nach längerer Diskussion gegen
die Stimmen der Abg. Dr. Semler, Dörr, Müller (Meinungen)
abgelehnt. Die Beratung soll in der nächsten Sitzung am
Donnerstag, den 4. Februar, fortgesetzt werden.

Arbeiterbewegung.

Die Amtsdarstellung von Boldau und der Stadtrat
von Grimnitzsch haben das über Grimnitzsch verhängte
Verbot der Amtsdarstellung aufgehoben.

